

die „demokratischen Sozialisten“ vom Schlege der Erler, Brandt, Wehner usw. verkünden, wird schon hier deutlich.

Vor dieser Situation stand auch die SPD. Das Bestreben ihrer Mitglieder und vieler Funktionäre ging und geht dahin, die SPD durch ein klares Aktionsprogramm gegen Militarismus und atomare Aufrüstung auf die Seite der Kräfte des Friedens zu stellen. Der Deutschlandplan war trotz seiner Schwächen ein Ausdruck dieses Strebens. Der Druck der klerikal-militaristischen Kreise aber war und ist darauf gerichtet, die SPD auf den atomaren Kriegskurs, auf den imperialistischen Weg festzulegen, um sie für die Aufrechterhaltung ihrer Macht auszunutzen. Das Kapitulationsprogramm von Godesberg ist das Ergebnis dieses Druckes. Mit diesem Programm geht der Parteivorstand offen auf die Positionen der klerikal-militaristischen Herrschaft in Westdeutschland über und versucht, die Arbeiterklasse dem Imperialismus und Militarismus unterzuordnen. Das heißt also, daß die SPD-Führung die Zukunft der ganzen Nation dem antinationalen Programm des Großkapitals zu unterwerfen bereit ist. Das Programm von Godesberg ist ein Programm gegen die Nation. „Im System der diktatorischen Herrschaft der Bourgeoisie hat sich nun die SPD den Platz eines Erfüllungsgehilfen ausgesucht.“<sup>4 5 6</sup>

## II

Die Unterwerfung, die das Programm vorsieht, bezieht sich vor allem auf die zwei hauptsächlichsten Einrichtungen der imperialistischen Gesellschaftsordnung: auf das monopolistische Eigentum an den Produktionsmitteln und den imperialistischen Staat. Alle anderen Fragen gruppieren sich darum. Hier soll besonders auf die Fragen des Staates eingegangen werden.

Den reaktionären, militaristisch-kerikalischen Kräften der Westzone ging es vor allem deshalb um das Festnageln der SPD auf ihre Staatskonzeption, auf ihren klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat, weil er das Instrument ist, mit dem sie sich der Durchsetzung der objektiven Entwicklungsgesetze, dem Wachstum der Volkskräfte und ihres Bewußtseins entgegenstemmen, mit dem sie die atomare Aufrüstung und die Verwirklichung ihrer revanchistischen Pläne betreiben. Mit der offenen Anerkennung und Unterstützung dieses Staates im Programm stellt sich die SPD-Führung eindeutig auf diese Position. Sie versucht, als Erfüllungsgehilfe den monopolistisch-kerikalischen Kreisen in Westdeutschland bei der Lösung des Problems zu helfen, „wie sie in die Front der Kriegsvorbereitungen die Arbeiter hineinkriegen, ... da sie doch ohne die Arbeiter keinen Krieg führen können!“<sup>7</sup>

1. In ihrer grundsätzlichen Haltung zur Staatsfrage setzen die rechten Führer der SPD, setzt der gesamte Parteivorstand, der das Programm gegen alle Änderungsanträge zur Staatsfrage „konsequent verteidigte“, die berechtigten Traditionen der II. Internationale fort, und zwar unter den Bedingungen der aufs äußerste zugespitzten allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Bekanntlich schätzte Lenin die Haltung der Revisionisten der II. Internationale in der Staatsfrage als „die niederträchtige, lakaienhafte Anpassung der Führer“ des Sozialismus\* an die Interessen nicht nur ihrer\* nationalen Bourgeoisie, sondern namentlich auch „ihres\* Staates“<sup>8</sup> ein. Aber zum Unterschied von den Revisionisten Kautskyscher Prägung, die Marx reformieren, seine Lehre ihres Inhalts berauben, ihr die revolutionäre Spitze abbrechen, sie vulgarisieren und auf diese Weise die bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse einfließen lassen wollten, haben die heutigen rechten Führer die Marxsche Lehre vollkommen über Bord geworfen (einige haben sie überhaupt nie — auch nicht in Worten — besessen) und stellen sich direkt auf den Boden des klerikal-militaristischen Bonner Staates. Das Programm formuliert das so: „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.“<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Das Programm der Selbstaufgabe, ND vom 29. November 1959.

<sup>5</sup> H. Matern in einer Aussprache mit SPD-Funktionären in Leipzig, ND vom 14. März 1959.

<sup>6</sup> Lenin, Vorwort zu „Staat und Revolution“, Ausgewählte Werke, Bcl 2, Moskau 1947, S. 158.

<sup>7</sup> „Die Debatte“ Nr. 41.

In einem „Vorwärts“-Artikel hat Erler die Positionen der rechten Führer in der Staatsfrage noch einmal abgesteckt: „Trotz aller zutage tretenden Schwächen ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer Staat.“ Und er fordert, daß die SPD „diesen (gesperrt von Erler) Staat zu gestalten“ habe. Dem Bonner Staat, dieser Diktatur der reaktionärsten, aggressivsten Kreise des Westdeutschen Monopolkapitals, wird also durch Erler und die übrigen rechten Führer der SPD das Attribut „demokratisch“ zuerkannt. Und der Chefredakteur des sozial-demokratischen „Vorwärts“, Jesco von Puttkamer, schreibt: „Der demokratische Staat ist nicht nur ein günstiger Boden für den Sozialismus, sondern die Staatsform schlechthin, in der allein der Sozialismus entwickelt werden kann. Das ist die entscheidende Basis des neuen Programmwurfs, von der aus die einzelnen Thesen entwickelt worden sind.“<sup>9</sup>

Das ist klipp und klar die Übernahme der katholischen Staatslehre, nach der die Bundesrepublik der von Gott gewollte Staat ist, in dem die Form der politischen Macht gefunden sei, die Anspruch auf ewigen Bestand hat<sup>10</sup>. Das zeigt sich im übrigen auch offenkundig in der weitestgehenden Übereinstimmung mit der Auffassung vom „Gemeinwohl als Staatszweck“. Von solchen Formulierungen, die den Staat als überparteilich, über den Klassen stehend, dem Wohl aller dienend hinstellen, wimmelt es nur so im Programm: „Der Staat soll allen Menschen helfen ... Der Sozialstaat hat für seine Bürger ...“ usw.

Mit der Unterwerfung unter die klerikal-militaristische Herrschaft unterwerfen sich die rechten SPD-Führer auch der herrschenden Ideologie. Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so hat ihn Willi Eichler selbst, der Vorsitzende der Programmkommission des Parteivorstandes der SPD, in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ geliefert, als er zum Ausdruck brachte, daß die Stellung der SPD zu Marx von der christlichen Soziallehre bestimmt wird, und sich auf einen Artikel des Jesuitenpaters Nell-Breuning berief. Unterstrichen wird das noch durch die Tatsache, daß der österreichische Klerikalsozialist Benedikt Kautsky, der Sohn des Revisionisten der II. Internationale, Karl Kautsky, maßgeblich an der Fassung des Programms beteiligt war und den Programmwurf an alle katholischen Pfarrer in Österreich verschickte, um festzustellen, ob er mit der katholischen Soziallehre übereinstimmt.

In all dem wird der Zweck des offenen Einschwenkens auf die Positionen des klerikal-militaristischen Staates ganz klar:

Ablehnung und Verhinderung aller Kampffaktionen gegen den klerikal-militaristischen Staat und seine friedensfeindliche Politik.

Ablehnung und Verhinderung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse um die Durchsetzung der objektiven Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft.

Aussöhnung der Werktätigen mit der Politik der atomaren Aufrüstung, des Militarismus und des Krieges, damit sie dieser Politik folgen.

2. Das zeigt sich auch an verschiedenen anderen Problemen. An erster Stelle steht dabei die Bejahung der sog. Landesverteidigung, d. h. der Bundeswehr, die mit atomaren Waffen ausgerüstet wird. Mit diesem Programmpunkt entkleiden sich die rechten SPD-Führer selbst aller Friedensbeteuerungen, weil diese Zustimmung indirekt eine Zustimmung zu den Kriegsplänen Bonns bedeutet.

1914 stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter der Losung der „Vaterlandsverteidigung“ den Krediten für den räuberischen Krieg der deutschen Imperialisten und damit dem Krieg selbst zu. Heute unterstützt die SPD-Führung unter der Losung „Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Ordnung schließt das Bekenntnis zu ihrer Verteidigung ein“ (Wehner auf dem Godesberger Parteitag) die Vor-

<sup>8</sup> Vorwärts vom 30. Oktober 1959.

<sup>9</sup> Vorwärts vom 12. November 1959.

<sup>10</sup> vgl. z. B. Schöneburg, Politischer Katholizismus als Ideologie der imperialistischen Reaktion (Thesen), „Einheit“ 1958, Nr. 6, S. 856.